

2018-08-01

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 02.05.2018

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:54 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport, Herr Otto**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste, stellte die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit sechs von neun anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erklärte bezüglich des Tagesordnungspunktes 7.5 – FV/001/2018StR „Erklärung des Stadtrates Dessau-Roßlau zur Schließung des Bauhauses im Jahre 1932 in Dessau“, dass in der letzten Sitzung des Kulturausschusses mehrheitlich eine Änderung vorgeschlagen wurde, die letztendlich nicht übernommen wurde. Er fragte, ob die Beschlussvorlage nochmal wie vorliegend diskutiert werden soll. **Herr Otto** entgegnete, dass der Einreicher die Vorlage ungeändert eingebracht hat. Der Niederschrift der letzten Sitzung ist zu entnehmen, dass die Vorlage zur Überarbeitung an den Einreicher zurückverwiesen wurde. Der Kulturausschuss hat sich in der Diskussion große Mühe gegeben, einen Kompromiss zu finden.

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 06:00:00

3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.2018

Wortmeldungen und/oder Änderungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Die Niederschrift vom 14.03.2018 wurde mehrheitlich genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 05:00:01

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Es gab keine nichtöffentlichen Beschlüsse in der Sitzung vom 14.03.2018.

5 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht vorgebracht.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sachstand Kühnauer Bad

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, schilderte, dass der Heimat- und Traditionsverein Großkühnau e. V. die Betreuung des Naturbades übernehmen, aber ein Vereinsbad mit einer Vereinsbadestelle daraus formen würde. Vorgesehen ist, dass man über die Vereinsmitgliedschaft das Anrecht erwirbt, dort zu baden. Wer nicht Mitglied des Vereins ist, kann an der Badestelle entsprechend nicht mehr baden. Eine Aufsicht ist nicht vorgesehen.

Das wäre derzeit die einzige Möglichkeit, das Bad der Bevölkerung zugänglich zu erhalten. Im Interessenbekundungsverfahren hatten zwei Personen ein Konzept eingereicht, darunter Frau Stadträtin Benckenstein. Zu Recht hat sie darauf hingewiesen, dass es eine gewisse Zeit braucht, um eine Badeaufsicht zu finden, daher könne er diese für die erste Badesaison nicht zusagen. Das zweite Angebot sah eine Vereinsgründung für die Betreuung des Naturbades mit einer Aufsicht vor. Die Idee hat sich zerschlagen. Frau Benckenstein hat zwischenzeitlich ihr Angebot zurückgezogen, dies auch sehr sachlich begründet. Mit der Vereinslösung ist ein Paradigmenwechsel verbunden. Die Betreuung als Naturbad hat deutlich höhere Hürden als die Betreuung als Vereinsbadestelle.

Aus sportfachlicher Sicht empfahl Herr Dr. Reck die Nutzung als Vereinsbadestelle. Es besteht keine andere Lösung, um das Bad noch in dieser Saison zu eröffnen.

Herr Völker, Leiter des Referates Sportförderung, ergänzte, dass der Pachtvertrag im Entwurf vorliegt. Der Verein befindet sich derzeit in Abstimmung mit dessen Haftpflichtversicherer.

Herr Dr. Reck berichtete, dass der Verein einen einmaligen Investitionszuschuss seitens der Stadt begehrt, um notwendige Erstinvestitionen zu tätigen. Dies ist nicht Gegenstand des Pachtvertrages, wird jedoch im politischen Raum behandelt werden müssen.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, hielt es für möglich, das Bad privat zu betreiben. Daher bedauerte sie, dass sich darum niemand bemüht hat. Im

Nachgang ihres Angebotsrückzuges hatten sich auch Rettungsschwimmer bei ihr gemeldet. Sie hat ihre Bewerbung zurückgezogen, weil der Heimatverein und die Dorfbewohner sich um den Erhalt des Bades bemühen. Daher bat sie die Stadträte um Zustimmung zur Vereinslösung. Bedauernd sei dennoch, dass das Bad nicht komplett für die Öffentlichkeit zugänglich ist.

Herr Dr. Reck ergänzte, dass die Verwaltung, das Einverständnis der Ausschussmitglieder vorausgesetzt, eine Beschlussvorlage zur Nutzung als Vereinsbadestelle direkt in die Stadtratssitzung am 13.06.2018 einreichen wird. Bisherige Beschlusslage ist der Betrieb als Naturbad.

Das Bad wurde, abgesehen von den Problemen des ehemaligen Betreibers Herrn Höll, ordentlich betrieben, so **Herr Otto**. Ambiente, Erhaltungszustand und Sauberkeit haben gestimmt. Die Stadt hat dem Betreiber alle Möglichkeiten der Geldeinnahme untersagt, dort durfte nicht mehr übernachtet werden, auch wurden Veranstaltungen untersagt. Der Ausschuss hat sich mit großer Mehrheit dafür entschieden, aus dem Naturbad eine Badestelle zu machen, was auch rechtlich untersetzt war. So hätte jeder dort baden können, aber auf eigene Gefahr. Den Beschluss hat der Stadtrat jedoch gekippt und ein Naturbad beschlossen. Nun verabschiedet man sich vom Naturbad und formt ein Vereinsbad, wobei es bereits eines in Dessau-Roßlau gibt. Womöglich sei dies die letzte Chance, aber man hat viel Zeit verstreichen lassen und sich selbst behindert. Bei der Nutzung als Badestelle hätte man dies umgehen können, jedoch bestand verwaltungsintern nicht einmal Einigkeit. Die Badesaison steht kurz bevor, jedoch kann erst im Juni der Beschluss gefasst werden. Der Verein möchte das Bad auch als Vereinsstützpunkt nutzen. Bisher hatte er keine Möglichkeiten, insofern sei es eine Chance für den Verein, sein Vereinsleben zu aktivieren. Dennoch ist die Umwandlung mit gewissen Problemen verbunden. Es gibt keine Kläranlage, die ausfahrbare Grube muss nachgerüstet werden. Eine Anschubfinanzierung sei nötig. Herr Otto bat die Fraktionen um Meinungsäußerung.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, erfuhr in einem Vor-Ort-Termin mit dem Ortsbürgermeister den bisherigen Ablauf und die Zukunftspläne detaillierter und befürwortet die Betreibung als Vereinsbadestelle. Er begrüßte das Engagement des Heimatvereins.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erinnerte daran, dass Herr Höll zum 31.12.2017 gekündigt hat. Herr Dr. Reck konnte nicht schneller reagieren, die Zeit war zu kurz. Wäre mehr Zeit gewesen, hätte ein privater Betreiber bzw. Interessent die Möglichkeit gehabt, einen Rettungsschwimmer zu finden. Sie selbst war bereit, den Rettungsschwimmerschein zu machen, was aber nicht in einem halben Jahr möglich ist. Eine Anschubfinanzierung hätte eine Privatperson nicht erhalten. Nichtsdestotrotz würdigte sie die Initiative des Heimatvereins und sprach sich für die Nutzung als Vereinsbadestelle aus. Die Zeit drängt.

Es gibt niemanden, der das Bad mit den Auflagen der Stadt und bei dem Kosten- und Pflegeaufwand so hätte betreiben können, dass er davon leben kann, entgegenete **Herr Otto**. Andere Einnahmemöglichkeiten hätten organisiert werden müssen, die Herr Höll versucht hat, ihm aber untersagt wurden.

Frau Dammann, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verwies auf die Eile. Man sollte dem Heimatverein dankbar sein für den Übernahmewillen.

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke, sah keine andere Möglichkeit für den Erhalt des Bades. Die Übernahme durch den Verein ist positiv zu bewerten, das Bad kann wieder öffentlich werden. Sie sieht Entwicklungspotential. Die Stadt wäre bei der Betreuung als Naturbad fiskalisch in der Pflicht gewesen.

Herr Otto erwiderte, dass die Stadt bei der Nutzung als Badestelle nicht fiskalisch in der Pflicht wäre. Wenn die Stadt weniger reglementiert, könne der Verein auch Träger eines öffentlichen Bades werden.

Während des Tagesordnungspunktes erschienen **Herr Semper, Fraktion Die Linke**, um 16.38 Uhr und **Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, um 16.39 Uhr zur Sitzung. Folglich waren acht Ausschussmitglieder anwesend.

6.2 Sachstand Heimat- und Schifferfest Roßlau

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur, erinnerte daran, dass die Stadt Dessau-Roßlau einen Kooperationsvertrag mit Förderverein der Schifferstadt Roßlau e. V. eingegangen ist. Am 11.04.2018 fand eine Mitgliederversammlung des Vereins statt, in der kein neuer Vorstand gewählt wurde. Der bisherige Vorstand war nicht bereit, sich zur Wahl aufstellen zu lassen, andere Mitglieder haben nicht kandidiert. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die mögliche Auflösung des Vereines. Es besteht Unklarheit über die Auswirkungen der Beschlussfassung, d. h. strittig ist, ob sich der Verein aufgelöst hat oder nicht. Dies müsse der Verein beim Amtsgericht klären lassen. Klar ist, dass der Verein derzeit nicht handlungsfähig ist. Zudem hat der Ortschaftsrat Roßlau (OR) am 17.04.2018 beschlossen, die Federführung und Organisation des Heimat- und Schifferfestes Roßlau zu übernehmen. In der vergangenen Woche hat mit der Vorsitzenden des Fördervereins, Frau Heppner, und einem weiteren Vorstandsmitglied ein Gespräch stattgefunden, in dem die Situation erläutert wurde und Herr Kuras angekündigt hatte, dass die Stadt den Kooperationsvertrag aus wichtigem Grund kündigen wird. Ein Dialog mit dem OR kam in der letzten Woche aus terminlichen Gründen nicht zustande, jedoch ist ein Gespräch mit Frau Ortsbürgermeisterin Müller für die kommende Woche terminiert. Thematisiert wird, wie sich der OR die Durchführung vorstellt und was es dafür braucht. Seitens der Verwaltung wird die Verschiebung des Festwochenendes kritisch betrachtet. Nunmehr soll das Heimat- und Schifferfest nicht traditionell am letzten Augustwochenende stattfinden, sondern an dem Wochenende, an dem auch Tage in den September fallen. Frau OBM Müller hatte um Verständnis gebeten, weil der OR mit einem Schausteller zusammenarbeiten möchte, der an dem traditionellen Termin keine Kapazitäten mehr hat.

Die Frage des **Ausschussvorsitzenden Herrn Otto**, ob das Fest somit mit dem Open Air des Anhaltischen Theaters und dem Bauhausfest kollidiert, bejahte **Herr Kuras**. Dies hielt **Herr Otto** für ebenso unglücklich, wie das Vorziehen auf den früheren Termin im Mai. **Herr Kuras** fügte hinzu, dass das Kollidieren der Feste dahingehend unpassend ist, dass die Stadt die Förderung erhöht und sich nun eine Termindoppelung geschaffen hat.

Im Stadtgebiet hängen bereits mehrere Transparente, die das Heimat- und Schifferfest am 30.08. bis 02.09.2018 bewerben, so **Frau Benckenstein, Fraktion Freie Fraktion Dessau-Roßlau. Herr Kuras** erklärte, dass es bei den Transparenten keinen klaren Absender gibt. Weder der OR Roßlau, noch der Förderverein der Schifferstadt Roßlau e. V. seien genannt. Es sei nur ersichtlich, dass es von dem Gastrologen Hugo Burger & Grill präsentiert wird.

Es könne nicht sein, zwei Veranstaltungen zu fördern und sich gegenseitig Konkurrenz zu machen, kritisierte **Herr Otto**.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, fragte, wer der offizielle Veranstalter des Heimat- und Schifferfestes ist. Daraufhin erklärte **Herr Kuras**, dass der OR Roßlau ihm mitgeteilt hat, dass dieser die Organisation und Federführung des Festes in 2018 übernimmt. Der OR ist nicht nach außen hin tätig wie der Durchführungsverein, der einst dazu gegründet wurde, sämtliche Verträge abzuschließen und alle Geschäfte abzuwickeln. Die Vorstellungen des OR zur Umsetzung dessen Beschlusses seien noch nicht bekannt.

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob die Wortrechte am Heimat- und Schifferfest Roßlau gesichert wurden. Das Problem bestand einst beim Farbfest, welches privat als Wortmarke angemeldet wurde. **Herr Kuras** erwiderte, die Wortmarke nicht gesichert zu haben. Ob die Termindopplung mit Wissen und Wollen geschah, konnte er noch nicht klären.

Herr Otto empfahl zu beschließen, der Verwaltung zu empfehlen, die Fördermittel an den OR nicht freizugeben, wenn es Parallelveranstaltungen gibt und dies dem OR mitzuteilen. Davon, den Termin in den September hinein zu verlegen, war nie die Rede.

Traditioneller Termin war immer das letzte Augustwochenende, nie in den September gehend, so **Herr Kuras**. Inwieweit die Veranstaltungen die gleichen Zielgruppen ansprechen, sei diskutabel. Problematisch sei auch, dass von Politik und Verwaltung Präsenz erwartet wird.

Herr Adamek erinnerte an die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport mit dem Förderverein der Schifferstadt Roßlau e. V. und dem Verein zur Förderung der Stadtkultur Dessau e. V. am 10.01.2018. Der Kulturausschuss habe sich sehr bemüht, eine abschließende Lösung zu erreichen. Ihm fehle das Verständnis dafür, der Presse entnehmen zu müssen, dass gerade der Förderverein der Schifferstadt sich trotz alledem nicht mit der durchaus großzügigen Lösung zufrieden gegeben und im Nachhinein im Prinzip selbst zerlegt hat. Es war alles geregelt, organisierbar und vom Zeitmanagement machbar bis sich der Verein Stück für Stück selbst zerstört hat – dies verärgere ihn sehr. Für die Neuterminierung zeigte er völliges Unverständnis. Durch die Parallelität zum Bauhausfest nehme man sich gegenseitig Besucher weg. Selbst bei unterschiedlichen Zielgruppen könne dem Bürger nicht verständlich gemacht werden, warum zwei Veranstaltungen parallel stattfinden, so **Herr Otto. Herr Adamek** kritisierte, dass auch der Rossmarkt unter der Terminierung des Heimat- und Schifferfestes gelitten hat. Dies geschah durch das ursprüngliche Vorziehen, ergänzte **Herr Otto**. Die derzeitigen Entwicklungen um das Fest sollten nicht noch gefördert werden. Er konkretisierte seinen Beschlussvorschlag:

„Der Kulturausschuss empfiehlt der Verwaltung, dem Ortschaftsrat und dem Förderverein mitzuteilen, die Förderung nicht auszuzahlen, wenn es zur Doppelung der Termine kommt.“

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke, zweifelte, dass dies als einziger Grund ausreicht, prinzipiell gehe sie mit dem Gedanken mit. In der Sitzung vom 10.01.2018 habe man sich für die Vereine stark gemacht und kam zu dem Kompromiss bzw. Entschluss, 20 TEUR pro Verein für erstmal diesen Haushalt (2018) festzuschreiben und zu sehen, wie die Förderung so weiterlaufen kann. Die Ansparung war fiskalisch wohl nicht möglich. Damit hätte der Verein zufrieden sein sollen und planen können.

Herr Adamek sprach sich für den von Herrn Otto geäußerten Beschlussvorschlag aus. Wer Mittel für das Fest bereitstellt, habe auch bei der Terminierung ein Stück weit mitzureden.

Auch beim Leopoldsfest steht fest, dass es immer am ersten Juliwochenende stattfindet, beteuerte **Frau Benckenstein**.

Anschließend wurde über den o. g. Beschlussvorschlag abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur, informierte über das Ergebnis des Projektes „Passagen“ für das Bauhausjubiläum. Es handle sich um einen Realisierungswettbewerb, der sich mit dem Stadtraum zwischen dem Bauhaus und dem Marktplatz beschäftigt. Fünf Hochschulen wurden hierzu eingeladen – aus Hamburg, Bremen, Offenbach, Düsseldorf sowie die Hochschule Anhalt.

Auswertend fand eine Jurysitzung am 23. und 24.03.2018 statt. Dort hat die Jury die Düsseldorfer Hochschule als Sieger prämiert, die mehrere Stationen zwischen dem Bauhaus und dem Stadtpark vorgeschlagen hat. Weitere Vorhaben zur möglichen Realisierung wurden empfohlen. Zur Umsetzung wurde bereits ein Termin mit den beteiligten Ämtern durchgeführt. Die Studierenden werden noch in diesem Monat mit den Genehmigungsbehörden und den Eigentümern zusammengeführt, um die konkrete Umsetzung zu diskutieren.

Herr Otto wünschte, das Projekt dauerhaft und nicht nur für das Jubiläum zu lassen.

Herr Kuras erklärte erwidern, dass dies bereits in der ersten Beratung diskutiert wurde. Hinsichtlich der Anforderungen an Materialität und dergleichen müsse dieser Wunsch geprüft werden.

Anschließend stellte Herr Kuras die Präsentation vor (siehe **Anlage**).

Der ergänzende Vorschlag aus Offenbach beschäftigt sich mit der Wasserwelle entlang des Rathauscenters. Da diese nicht mehr in Betrieb ist, solle der Mischstand gehoben werden, indem man sie schließt und mit einem Lichtband versieht.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, ergänzte, dass der s. g. „Lichtweg“ als Besonderheit von der Jury ausdrücklich zur Umsetzung empfohlen wurde. Die Nachhaltigkeit des Vorhabens wird erörtert.

Herr Kuras ging weiter auf die Vorschläge der anderen Hochschulen ein (siehe Anlage).

Herr Dr. Reck wies daraufhin, dass der Antrag zur Sporthalle am Gropius-Gymnasium bis Ende Juli aktualisiert werde. Dort waren bisher Kursräume vorgesehen, die nun separat durch das Zentrale Gebäudemanagement errichtet werden.

Bezüglich der umstrittenen Freikarten für das Leichtathletik-Meeting ANHALT 2018 erklärte Herr Dr. Reck, dass der Finanzplan Einnahmen über verkaufte Sitzplatztickets vorsieht, die über denen der Vorjahre liegen. Die bei der Stadt beantragte Zuwendung ist auf Basis von Einnahmen über Eintrittskarten sowie auf Basis des Finanzplanes vom 15.03.2018 mit dem Hinweis, dass die Stehplätze zum Jubiläum als frei vergeben werden sollen.

Die Stadt hat eine Presseinformation hierzu herausgegeben. Intention war, den sozialen Aspekt zu erfüllen, indem man möglichst vielen Leuten Zugang zur Jubiläumsveranstaltung verschafft, auch um zu motivieren, sich dem Leichtathletiksport intensiver zu widmen und als Dankeschön für die bisherigen Zuschauer.

In der Sportförderrichtlinie gibt es den Passus, dass der Kulturausschuss über Mittel entscheidet, die 3.000 EUR übersteigen. Der Sonderzuschuss wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen sehr ausführlich diskutiert, weswegen er als Einzelzuschuss aufgenommen wurde. Sofern keine separate Beschlussvorlage gewünscht wird, würde die Haushaltsdiskussion zu Grunde gelegt und auf Basis derer der Zuwendungsbescheid für das Leichtathletik-Meeting erstellt werden. Würde eine Vorlage für den nächsten Kulturausschuss gefordert, liege der Zuwendungsbescheid zeitlich nach dem ANHALT 2018. Grundlage kann durchaus die Veranschlagung in der Haushaltssatzung sein, da es explizit als Sonderzuschuss zum Jubiläum ausgewiesen ist. Der Verfahrensweise wurde allgemein zugestimmt.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, informierte über die Benefizausfahrt und andere vorgeschaltete Aktionen der „Biker zeigen Herz für Kinder“. Es wurden mehr als 15 TEUR für die Körperbehindertenschule eingefahren, mit den vorherigen Aktionen zusammen stehen für den Therapie- und Bolzplatz knapp 22 TEUR zur Verfügung. Gekoppelt mit den kommunalen Mitteln sollte die Maßnahme noch in diesem Jahr umgesetzt werden, allein schon aus Respekt gegenüber den Bikern und Kindern. Er sprach seinen Dank aus.

Herr Otto hinterfragte den weiteren Werdegang der Sanierung. **Herr Krause** erwiderte, dass noch immer auf die Richtlinie des Landes gewartet werde, die die Verteilung der Mittel gegenüber dem Bauprogramm des Bundes ausweisen sollte. Die Schlussprüfung beim Landesrechnungshof sei abgeschlossen.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, erklärte, dass nach Rücksprache mit dem Bildungsministerium das Ministerialblatt im Mai erscheinen soll. Im Entwurf sei eine Fördersumme i. H. v. 3,5 Mio. EUR enthalten.

Auf die Frage von **Herrn Otto**, ob die Mittel für eine Sanierung oder einen Neubau seien, antwortete **Herr Krause**, dass diese Entscheidung noch aussteht und von der Planungstiefe abhängt.

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, ob bereits ein Planungsauftrag ausgelöst werden kann. **Frau Wendeborn** erläuterte, dass dies erstmal zurückgestellt wurde, weil die Richtlinie aus Sicht des Baudezerna-

tes abgewartet werden soll, die aufzeigt, wie tief die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung erfolgen soll/muss.

Herr Otto forderte eine Grobplanung, ohne auf die Richtlinie warten zu wollen. Eine Nacharbeit sei möglich, wenn eine Grundlage existiert.

Entscheidend sei die Richtlinie, die den Neubau grundsätzlich ausschließt, so **Herr Krause**. Ein Neubau sei nur erlaubt bei einem wirtschaftlichen Vorteil. Bei einer Tiefenprüfung würden enorme Kosten verursacht werden, wobei noch unklar ist, ob ein Neubau gefördert wird.

Der Umfang des Planungsauftrages ist noch unklar, stellte **Herr Schlecht-Pesé** fest.

Frau Wendeborn wies daraufhin, dass Ende Mai eine Veranstaltung des Fördermittelegers stattfinden soll, bei der diese Fragen gestellt werden können.

Frau Benckenstein, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, fragte, wer zu der Veranstaltung fahren wird. **Frau Wendeborn** ging davon aus, dass das Zentrale Gebäudemanagement teilnehmen wird, da dort die Förderung und Umsetzung angesiedelt ist.

Frau Benckenstein fragte, ob der Ausschuss einen Auftrag für Fragestellungen an das ZGM erteilen kann. **Herr Otto** schlug einen Einstieg in eine Voruntersuchung zur Grobkostenermittlung vor. Der Ausschuss formulierte daher Folgendes:

„Der Kulturausschuss gibt der Verwaltung die Empfehlung, eine Grundsatzuntersuchung für die Körperbehindertenschule kurzfristig durchführen zu lassen, für den Teil der unabweisbar ist.“

Abstimmungsergebnis: 08:00:00 – einstimmig beschlossen

Herr Kuras informierte über diverse Veranstaltungen:

- Tag der Städtebauförderung am 05. Mai
- Internationaler Museumstag 18. Mai
- Flugplatzfest 20. Mai
- StadtLesen 24. – 27. Mai, bibliophiles Highlight: Frank Vorpahl
- Welterbetag 03. Juni
- Tierparkfest 17. Juni
- Leopoldsfest 29. Juni – 01. Juli
- Sport- und Familientag 14. Juli

Zum Tierpark informierte Herr Kuras, dass der Jahresbericht der Deutschen Stiftung Denkmalschutz zum Thema Jugendbauhütten am heutigen Tag einging. Die Jugendbauhütte im Tierpark bzw. Mausoleum findet darin eine sehr positive Erwähnung. Am 17. Juni wird der Brunnen vor dem Mausoleum dank der Jugendbauhütte in Betrieb genommen.

Herr Dr. Reck erklärte, dass das Sportbad in Dessau am 06. Juni eröffnet werden soll. Einladungen an die Fraktionen werden noch ergehen.

Herr Otto fragte nach der Planung zur Regenbogenschule. **Herr Krause** erklärte, dass die avisierte Container-Lösung als Zwischenlösung beschlossen wurde, jedoch mit einem halben Jahr Verspätung. Gleichzeitig wird eine Variantenuntersuchung in Auftrag gegeben, die zwischen einem Ausbau am Standort oder einem Neubau an einem neuen Standort entscheiden soll. Auch diese Beschlusslage gab es bereits, sie ist nun erneut beauftragt worden.

Auf die Frage nach den Kosten antwortete **Frau Wendeborn**, dass diese sich auf knapp über 1 Mio. EUR belaufen. Im Stadtelternbeirat stoße die Summe für ein Provisorium auf Unverständnis, so **Herr Otto**.

Kulturentwicklungsplan (KEP)

Der Kulturausschuss hat vor einigen Monaten den Vorschlag, das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte im Tierpark untersuchen zu wollen, für gut befunden, leitete **Herr Otto** ein. Er fragte nach dem weiteren Vorgehen.

Herr Dr. Reck schilderte, dass der Entwurf der Kulturentwicklungsplanung in der Augustsitzung vorliegen wird. Der Tierparkleiter kennt die Intention um das Naturkundemuseum und soll hierzu Stellung beziehen. Zur KEP-Beratung habe man sich darauf verständigt, die Machbarkeit zu untersuchen, eine konkrete Machbarkeitsstudie sei jedoch nicht in den Haushalt 2018 eingeplant.

Herr Otto forderte eine Grobkostenschätzung. Er erwartet den KEP in der Sitzung am 15.08.2018.

Herr Semper, Fraktion Die Linke, betonte, dass er hinsichtlich des Mausoleums große Zweifel hat. Es bestehe ein Beschluss zum weiteren Verfahren mit dem Naturkundemuseum, dieser wurde nicht aufgehoben. Entweder müsse eine untersetzte Konzeption für den Neu- oder Umbau des Museums vorgelegt werden oder der gefasste Beschluss sei umzusetzen. Er bat um gründliche Untersetzung des weiteren Umgangs mit dem Museum. Die Sammlungen dürfen keinesfalls aus Dessau verschwinden. **Herr Dr. Reck** entgegnete, sich nie zur Verortung der Sammlung geäußert zu haben.

Herr Schlecht-Pesé fragte **Herrn Semper**, ob es sinnvoll wäre, für ein halbes Jahr ein Moratorium für den Beschluss zu beschließen, um den Dissens zwischen Beschlusslage und Handeln zu heilen. Bis August komme man nicht weiter, so **Herr Otto**. Die Verwaltung ist an den Beschluss gebunden.

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke, stellte klar, dass man in der Diskussion stecken geblieben ist. Hinsichtlich der Wissenschaftlichen Bibliothek sei klar, dass das Gebäude nicht anders genutzt werden kann und soll, da es gefördert wurde. Zur Gedenkkultur wurde eine Vorlage in die Fraktionen gereicht, über welche ebenfalls nicht nochmal gesprochen wurde. Sie hielt eine Sondersitzung im Juni für notwendig.

Wenn der KEP beschlossen wird, müsse er nochmal zur Diskussion mit den Kulturschaffenden freigegeben werden. Sie halte die Fortschreibung des KEP für unbedingt notwendig, so wie es auch in anderen Städten gehandhabt wird. Sie habe den Eindruck, dass man hinsichtlich der KEP in einer Sackgasse steckt.

Herr Otto erklärte, dass jeder Weg, den man bestreiten will, zunächst mit finanziellen Mitteln zu untersetzen ist. Aber noch nicht im KEP, so **Frau Stöbe**, darin sei stets formuliert „soweit es die Haushaltssituation der Kommune erlaubt“. Die Haushaltssituation werde sich in den nächsten 10 Jahren nicht gravierend ändern, erwiderte **Herr Otto**. Er sei bereit, zu einer Sondersitzung einzuladen, wenn die Verwaltung dies ermöglichen kann. **Herr Semper** stimmte dem zu, sofern Änderungen gegenüber den vorliegenden Materialien vorliegen.

Herr Dr. Reck sieht die Möglichkeit einer Sondersitzung im Juni. Er stellte klar, dass in Dessau-Roßlau viele Kulturmittel institutionell gebunden sind. Es gebe kaum Spielraum, eine freie Kulturszene zu fördern. Es werde sich immer beklagt, dass an vielen Orten nichts passiert. In dem Kontext müsse man sich fragen, wie viele Mittel man neben institutionell gebundenen noch für eine freie Kulturszene zur Verfügung stellen will. Außerdem sei fraglich, wie man andere oder möglicherweise mehr Leute erreicht werden können.

Im Entwurf des KEP werden die bisher besprochenen Themen aufgenommen, die Gedenkkultur müsse noch thematisiert werden, der Entwurf werde aber auch Luft ermöglichen, eine freie Szene in Dessau-Roßlau fördern zu können.

Herr Schlecht-Pesé bezog sich auf das Schreiben „Auswertung der Veranstaltung Dessauer Adventsmarkt 2017“ vom 06.03.2018, dass in die Fraktionen gesandt wurde. Laut Schreiben entstand ein Saldo von – 8.000 EUR, als letzter Punkt wurde die Gründung eines Fördervereins Kulturarbeit Dessauer Adventsmarkt thematisiert. Er fragte, ob für den Haushalt 2019 mehr Mittel eingeplant werden sollen.

Herr Otto erklärte, dass seine Fraktion den Adventsmarkt im Wirtschaftsausschuss ansprechen werde. Im Schreiben werde kein Zuschuss gefordert, stattdessen wünsche sich der Betreiber Erleichterungen.

Herr Schlecht-Pesé nahm Bezug auf einen Zeitungsartikel vom April, laut dem in Mosigkau eventuell eine freie Waldorfschule gegründet werden soll. Er fragte, ob innerhalb der Verwaltung mit den Ideenträgern aktiv Kontakt aufgenommen und ggf. beratend unterstützt wird. Für die Schullandschaft wäre dies ein Gewinn. **Herr Krause** entgegnete, dass die Verwaltung zunächst offiziell Kenntnis erhalten müsste. Er habe es auch nur der Presse entnommen, an die Verwaltung habe sich niemand gewandt. Es gebe übliche Antragsverfahren beim Land, Schulen zum Laufen zu bringen. Herr Krause sprach sich für Schulvielfalt aus; wenn es Gesprächsbedarf gebe, stehe er gern zu Verfügung.

Auf Bitten von **Herrn Dr. Reck** berichtete **Herr Völker, Leiter des Referates Sportförderung**, über den Sachstand zum BSG Medizin Dessau e. V., Mosigkau. Der Pachtvertrag und der Erbbaupachtvertrag sind in Vorbereitung. Bezüglich des Gesamtstandortes findet morgen eine Beratung mit dem Amt für Wirtschaftsförderung statt.

Auf Nachfrage von **Frau Dammann, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen**, erklärte **Herr Dr. Reck**, dass er sich nach dem Presseartikel mit dem Referat für Sportförderung verständigt hat, im Pachtvertrag die Möglichkeit einer schulischen Nutzung zu eröffnen, dass wenn sich in Mosigkau eine Waldorfschule gründet. Offiziell liege noch nichts vor. Hinsichtlich des BSG Medizin Dessau e. V. seien die Investitionen noch offen.

7 Beschlussfassungen

7.1 Maßnahmebeschluss 4. Bauabschnitt Sanierungsmaßnahme Schloss Georgium und Einrichtung der neuen Dauerausstellung Anhaltische Gemäldegalerie Vorlage: BV/127/2018/IV-41

Herr Dr. Reck erklärte, dass der 4. und letzte Bauabschnitt im Rahmen der Haushaltsberatungen, auch vor Ort zur Besichtigung, bereits thematisiert wurde. Das Gesamtvolumen beträgt 7,6 Mio. EUR. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wurden bereits 7,6 Mio. EUR in den Haushalt eingestellt. Die Mehraufwendungen von 1,4 Mio. EUR ergeben sich daraus, dass Vorsatzwände als Verschleißschicht zum Schutz der denkmalgeschützten Wände angebracht werden sollen. Ebenso wird die Lichttechnik angepasst, das Raumbelüftungssystem erweitert und die Sanierung des

Natursteinsockels einschließlich der Freitreppe wurde aufgenommen. Für den vierten Bauabschnitt stellt der Bund 3 Mio. EUR und das Land 2,2 Mio. EUR zur Verfügung, die Stadt wäre nach derzeitigem Stand mit 2,4 Mio. EUR Eigenmitteln beteiligt. Im Lichte des Besuchs des Staatssekretärs wurde das Thema möglicher weiterer Zuwendungen angesprochen. Derzeit gibt es keine konkreten Zusagen für weitere Zuwendungen, aber die Aussage, dass sich das Land bemühen würde, die Stadt bei den restlichen Eigenmitteln zu unterstützen. Momentan sind die 2,4 Mio. EUR in voller Höhe als Eigenmittel eingepreist.

Nach jetzigem Stand wären am Ende der Baumaßnahme knapp 14,5 Mio. EUR verbaut, davon stellt der Bund insgesamt 8 Mio. EUR zur Verfügung, das Land 3,4 Mio. EUR und die Stadt 3 Mio. EUR, wenn es keine weiteren Zuwendungen des Landes geben würde. Mit der Vorlage wird im zweiten Beschlusspunkt zur Abstimmung gestellt, neben dem zu sanierenden Gebäude auch die Dauerstellungen neu einzurichten und die Innenausstattung zur Verfügung zu stellen. 444.300 EUR sind für Inneneinrichtung, Erstausrüstung, Möblierung und Aufwendungen zur Vorbereitung der Inbetriebnahme und Umsetzung des Vermittlungskonzeptes eingepreist. Im Ergebnishaushalt steht eine Summe von 427.300 EUR. Hierfür wird eine Förderung beim Land beantragt. Vom Land ist es vorgesehen, die Neueinrichtung der Dauerausstellung zu unterstützen.

Die Bauabschnitte Teil A mit 6,2 Mio. EUR und Teil B mit 1,4 Mio. EUR wurden zunächst getrennt, greifen jedoch ineinander. Es handelt sich um eine Abbildung für die ZBau und die damals verfügbaren Mittel. Die Eröffnung ist Ende 2019 geplant.

Herr Semper nahm Bezug auf Seite 4 der Anlage 1. Er fragte, ob der Begriff „Kunstmuseum in einem Schloss“ die offizielle Bezeichnung wird. Dies verneinte **Herr Dr. Reck**, es dient nur der Klarstellung, dass kein Schlossmuseum, sondern ein Kunstmuseum geplant wird. Die Bezeichnung bleibt „Anhaltische Gemäldegalerie“. Es ist keine andere als diese Nutzung vorgesehen.

Herr Otto erinnerte, dass die Fraktion Pro Dessau-Roßlau zur Bedingung gemacht hat, dass die 1,4 Mio. EUR durch Fördermittel vom Land untersetzt werden, sodass die Stadt entlastet wird. Die Maßnahme sollte reduziert werden, da Schulden aufgenommen werden. Es gibt andere Museen, wo keine Vorsatzwände errichtet werden und dennoch die Hängung ohne Aufwand verändert werden kann. Er könne der Vorlage so nicht zustimmen. Ende 2019 soll das Museum eröffnet werden, aber die 1,4 Mio. EUR sind im Haushalt 2020 enthalten. Gerade dies sind die Kosten für die Vorsatzwände. Er äußerte sein Unverständnis.

Herr Dr. Reck erläuterte, dass für die Haushaltsscheiben entscheidend ist, wie die Mittel abfließen. Die Rechnungsstellung wird nicht in Gänze in 2019 erfolgen, der Mittelabfluss ist teils in 2020. Außerdem besteht immer noch die Hoffnung, dass das Land weitere Zuschüsse bewilligt. Eine Förderquote von 80 % ist bereits beachtlich, deshalb ist die Verhandlung um weitere Zuschüsse nicht einfach.

Der Maßnahmebeschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis: 06:00:02

7.2 Vergabe von Fördermitteln für Dessau-Roßlauer Kulturvereine 2018
Vorlage: BV/135/2018/IV-41

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Vergabe von Fördermitteln wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

7.3 Zuschuss zur Förderung des Spitzensports an den Dessau-Roßlauer Handballverein von 2006 e.V. (DRHV 2006 e.V.) - Spielsaison 2017/2018 (2. Rate)
Vorlage: BV/111/2018/IV-52

Herr Dr. Reck schilderte einfürend, dass der Zuschuss bedingt an die 2. Handball-Bundesliga ist. Die Zuwendung ist in voller Höhe im Haushalt veranschlagt, theoretisch ist diese Vorlage künftig nicht mehr notwendig, solange der Verein in der 2. Handballbundesliga spielt.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, wünschte die Beibehaltung der jährlichen Beschlussvorlage.

Herr Otto gab zu bedenken, dass der DRHV auch mit den Mitteln der Stadt plant und weiterhin einen Antrag stellen muss.

Frau Benckenstein und **Frau Stöbe** erklärten, dass die Verfahrensweise einen informativen Charakter hat.

Dem Zuschuss wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

7.4 2. Fortschreibung zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für allgemeinbildende Schulen für den Planungszeitraum 2014/15-2018/19
Vorlage: BV/097/2018/V-40

Frau Wendeborn erläuterte einfürend, dass die 2. Fortschreibung notwendig wurde, weil die Schülerzahlen in der Innenstadt an den Grundschulen steigen und gegenüber der ursprünglichen Schulentwicklungsplanung große Differenzen bestehen. Die geplante Entwicklung wurde gegenüber der tatsächlichen Entwicklung aufgezeigt. Die Standorte sollen entlastet werden. Dabei wurde festgestellt, dass an bestimmten Grundschulen die Schülerzahlen rückläufig sind. Mit der Entlastung sollen die Schülerzahlen an den Grundschulen mit rückläufigen Zahlen erhöht werden.

Herr Otto staunte über die rückläufigen Schülerzahlen, da im Gegensatz neue Kindertagesstätten gebaut werden müssen. **Frau Wendeborn** nannte die Geburtenentwicklung als Indikator, die Schülerzahlen rechnen sich an den Geburten in den einzelnen Schulbezirken hoch. So kann festgestellt werden, wo die Schülerzahlen rück-

läufig sind. Auch der Zuzug der Migranten spiegelt sich in den Schülerzahlen in der Innenstadt wieder.

Frau Benckenstein fragte, ob das Neubaugebiet in Kleinkühnau berücksichtigt wurde. **Frau Wendeborn** verneinte dies. Wenn dort bereits jemand mit einem Kind in schulpflichtigem Alter wohnt, ist er berücksichtigt. Im Hinterkopf habe man aber, dass Straßenzüge zurückgeführt werden können in die Siedlung, wo einige Straßenzüge Kühnau zugerechnet wurden.

Das heißt, dass sich die Schulbezirke jederzeit wieder ändern können, so **Frau Benckenstein**. Es gibt derzeit deutlich mehr Bewegung durch Weg- und Zuzug in den Bezirken als in den Vorjahren, erwiderte **Frau Wendeborn**. Wenn die Grundschule „Tempelhofer Straße“ saniert wird, werde wieder angepasst. Mit der Sanierung werden zusätzliche Kapazitäten im Grundschulbereich geschaffen, weil die Außenstelle des Gymnasium „Walter Gropius“ dann entfällt. Die Grundschule „Tempelhofer Straße“ hat rückläufige Schülerzahlen. Somit wird der Schulbezirk von der GS „Kreuzbergstraße“ in Richtung GS „Tempelhofer Straße“ geändert. Aus diesem Bereich gibt es ohnehin viele Ausnahmeanträge, die in die GS „Tempelhofer Straße“ wollen. Dann sind in großem Umfang Plätze in der GS „Kreuzbergstraße“ frei. So kann der Schulbezirk der GS „Geschwister Scholl“ in der Mauerstraße in Richtung GS „Kreuzbergstraße“ geändert werden, sodass die Innenstadt weiter entlastet wird aus der GS „Am Akazienwäldchen“ in der Mariannenstraße in Richtung Mauerstraße.

Frau Benckenstein schlug vor, dass das Amt für Schulentwicklung in die Kindertagesstätten geht, wenn es soweit ist, dass die Kinder in die Schule kommen und dies den Eltern erklärt. Inzwischen sei hierzu eine große Diskussion aufgekommen. **Frau Wendeborn** erklärte, dass das Amt dies nicht übernimmt, es jedoch ein Übergangsteam aus den Kindereinrichtungen mit den Schulen gibt, teils aus Lehrern, teils Erziehern. Die Kinder besuchen die Schule bereits ein Jahr vorher. Umgekehrt geht auch die Schule in die Kita, daher müsste dieser Informationsfluss funktionieren. **Frau Benckenstein** wies darauf hin, dass die Schulanmeldungen noch ein Jahr vorher sind, dabei schon die Diskussionen entstehen und die Ausnahmegenehmigungen Unruhe verursachen. **Frau Wendeborn** sicherte zu, die Anregung nochmals zu transportieren. Über die Ausnahmegenehmigung entscheidet das Land.

Man verhalte sich landesfreundlich, da keine neue Schule in der Innenstadt errichtet und damit kein zusätzliches Personal beansprucht wird, so **Herr Otto**. Stattdessen wird alles bis ans Ende ausgereizt. Man habe kaum Reaktionsmöglichkeiten, wenn etwas an einer Schule passiert. Es gibt zudem leerstehende Schulen in der Stadt, über deren Aktivierung man reden könnte. Es fehle ein Konzept, zumal die Innenstadt betrachtet werden müsste, wenn es da weiter angespannt bleibt. Herr Otto kritisierte, dass Schüler beispielsweise aus der Innenstadt mit dem Bus nach Kochstedt oder Waldersee fahren müssen. Problematisch sei nicht die Busfahrt, sondern die Zusammengehörigkeit der Kinder.

Herr Schlecht-Pesé schlug vor, dass das Zentrale Gebäudemanagement eine Übersicht über leerstehende Schulen und Bildungseinrichtungen erstellt. **Herr Krause** fügte hinzu, den dazugehörigen Investitionsplan mit abzufordern.

Gegenüber dem Land müsse eine komplette Zweizügigkeit aller Grundschule nachgewiesen werden, entgegnete **Frau Wendeborn**. Diese könne jedoch nicht an allen nachgewiesen werden. Die Entwicklungen sind nicht vorausschaubar. Ehe ein Objekt saniert ist, vergehen mehrere Jahre. **Herr Krause** erklärte, er wäre bereits froh, wenn

die bestehenden Schulen alle saniert würden. Es bestehe kein dauerhafter Bedarf an einer zusätzlichen Schule.

Richtig sei, dass beispielsweise in Falle eines Brandes keine Schule als Ausweichmöglichkeit vorhanden ist, so **Frau Wendeborn**, aber die habe womöglich keine Stadt.

Herr Otto stellte klar, dass sich die Fortschreibung auf 2019/20 bezieht. Er war erstaunt, dass die Ortschafträte alle zugestimmt haben. Der Standort wird gesichert, so **Herr Krause**. Und es handelt sich um gut sanierte Schulen, so **Frau Wendeborn**.

Der 2. Fortschreibung wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

7.5 Erklärung des Stadtrates Dessau-Roßlau zur Schließung des Bauhauses im Jahre 1932 in Dessau **Vorlage: FV/001/2018/StR**

Der Ausschussvorsitzende Herr Otto erinnerte einleitend daran, dass in der letzten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 14.03.2018 seitens der einreichenden Fraktionen an einer neuen Formulierung mitgewirkt wurde. Er äußerte sein Unverständnis darüber, dass die Beschlussvorlage ungeändert wieder eingebracht wurde.

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke, entnahm der Niederschrift, dass eine Überarbeitung und Wiedervorlage festgelegt worden ist. Sie ging davon aus, dass die Fraktionsvorsitzenden der einreichenden Fraktionen dies in die Hand genommen, anscheinend aber nicht umgesetzt haben.

Herr Schlecht-Pesé, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, war verwundert, wie die Beschlussvorlage wieder auf die Tagesordnung gelangt ist, wenn keine korrigierte Fassung eingereicht wurde.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, äußerte sein Unverständnis darüber, dass die Vorlage ausschließlich um einen weiteren Beratungstermin ergänzt wurde. Aus dem Protokoll geht eindeutig hervor, dass die Vorlage qualifiziert werden sollte. Sie wurde lange diskutiert. Im Nachgang ging das Thema auch mehrfach durch die Presse. Sofern kein Änderungsvorschlag vorliegt, empfiehlt er den Einreichern, die Vorlage zur Qualifizierung zurückzuziehen. Vor der nächsten Beratung im Haupt- und Personalausschuss am 30.05.2018 findet kein weiterer Kulturausschuss statt, sie werde dort nicht diskutiert.

Ursprüngliches Ziel der Wiedervorlage im Kulturausschuss war das Erreichen einer großen Mehrheit, so **Herr Otto**. Werde die Beschlussvorlage so weitergereicht, werde genau das Gegenteil erreicht. Kompromisse sind erforderlich.

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Kultur, fügte hinzu, dass es kein Automatismus war, die Vorlage auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Mit dem federführenden Einreicher, Herrn Schönemann, wurde kommuniziert. Dabei gab es bereits das erste Missverständnis, dass er dachte, dass die Beschlussvorlage ohnehin weiter durch

die Gremien läuft. Die Fraktion Die Linke hatte ausdrücklich darum gebeten, die Beschlussvorlage auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Herr Semper, Fraktion Die Linke, schlug vor, die Beschlussvorlage wie vorliegend abzustimmen, mit der Auflage, sie redaktionell zu überarbeiten. **Herr Adamek** entgegnete, dass genau das in der letzten Sitzung festgelegt wurde.

Herr Otto fügte hinzu, dass sich der Ausschuss bereits auf eine Formulierung geeinigt hatte. Er hatte sich für den Wortlaut „bedauern“ ausgesprochen, sich dann aber auf Vorschlag von Herrn Just – „distanzieren“ – eingelassen.

Herr Adamek sprach sich weiterhin für den Wortlaut „distanzieren“ aus. In der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 04.04.2018 wurde das Fehlen der Beschlussvorlage auf der Tagesordnung thematisiert, da Herr Schönemann sein Unverständnis darüber ausdrückte. Dort wurde erneut festgestellt, dass die Vorlage qualifiziert werden soll. Er empfahl dem Einreicher, entweder die Formulierung „distanziert“ aufzunehmen oder die Vorlage zurückzuziehen.

Frau Stöbe verwies auf die Niederschrift vom 14.03.2018 – Herr Schönemann hatte gesagt, der Einreicher ist bereit, mehrheitsfähige Formulierungen zu übernehmen. Herr Just empfahl, eine Distanzierung zum damaligen Beschluss zum Ausdruck zu bringen. Schlussendlich wurde die Beschlussvorlage zur Überarbeitung zurück an die einreichenden Fraktionen gegeben.

Sie empfahl eine Überarbeitung und zog die Beschlussvorlage als einreichende Fraktion zurück, um sie mehrheitsfähig zu gestalten.

Herr Adamek bedankte sich für den Rückzug der Vorlage. In Abstimmung mit **Frau Stöbe** wurde erklärt, die Beschlussvorlage komplett zurückzuziehen und neu zu formulieren.

Herr Schlecht-Pesé empfahl die Abstimmung der Formulierung per Rundmail.

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

7.6 Ehrengrab Heinrich Deist Vorlage: FV/007/2018/SPD

Herr Semper, Fraktion Die Linke, monierte, dass die Beschlussvorlage nicht ordnungsgemäß formuliert wurde. Es wurden keine Kosten angegeben, außerdem fehlt der Name des Fraktionsvorsitzenden in Druckschrift. Ihm sei bekannt, dass Herr Eichelberg der Fraktionsvorsitzende ist, dennoch gehört der Name genannt. Prinzipiell stimme er der Vorlage zu, wenn gesichert ist, dass die Kirche mitmacht, da es sich um einen kirchlichen Friedhof handelt. Dass die Absprache mit der Kirche erfolgt ist, soll auch in der Vorlage erwähnt werden.

Wenn das Grab in ein Ehrengrab umgewandelt wird, fallen möglicherweise Kosten an. Diese fehlen ihm ebenso wie Angaben zur Grabpflege und Liegezeit. Nicht geklärt, aber möglich sei auch, dass die Grabfläche von der Kirche gekauft werden muss. Diese offenen Fragen hindern ihn an der heutigen Abstimmung der Vorlage.

Herr Otto schloss sich dem grundsätzlich an. Das Anliegen unterstütze er, Herr Deist war eine verdienstvolle Persönlichkeit, die Vorlage sollte jedoch ausgereift sein.

Herr Adamek erklärte, dass es zur Beschlussvorlage bereits Anfang des Jahres fraktionsübergreifenden Mailverkehr gab. Die Kosten belaufen sich laut seiner Erinnerung auf 150 - 180 Euro im Jahr.

Herr Otto bat den Einreicher um Qualifizierung. Die genannten Punkte sollen nachgearbeitet werden. Dieses Verfahren ließ er abstimmen.

Die Beschlussvorlage wurde zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

Anschließend stellte **Herr Otto** um 18.32 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

10 Schließung der Sitzung

Herr Otto schloss die Sitzung um 18.54 Uhr.

Dessau-Roßlau, 02.08.18

Hans-Georg Otto
Vorsitzender Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

Sandra Kahl
Schriftführerin